

Der böse Bube Europas: Warum Belgien Brüssels Idee, Russlands Staatsvermögen an die Ukraine zu verleihen, blockiert

Russlands eingefrorene Vermögenswerte werden bis zum Ende des Krieges auf die eine oder andere Weise eingefroren bleiben.



4. November 2025 | Ian Proud

Wenn Sie eine optimale Erklärung dafür suchen, warum Europa Schwierigkeiten hat, eine Vereinbarung über die Gewährung eines Kredits in Höhe von 140 Milliarden Dollar an die Ukraine unter Verwendung von in Belgien bei Euroclear eingefrorenen russischen Vermögenswerten zu erzielen, sollten Sie sich die kürzlich gehaltene Rede des belgischen Premierministers [Bart de Wever](#) ansehen. Er sprach am Ende einer Sitzung des EU-Rates, bei der erneut keine Einigung über einen solchen Kredit erzielt werden konnte.

Diese Angelegenheit zieht sich nun schon seit fast achtzehn Monaten hin, wobei die EU-Kommission erfolglos versucht hat, einen Konsens über das Darlehen zu erzielen. Tatsächlich haben viele westliche Politiker, insbesondere der polnische Außenminister Radek Sikorski, ganz zu schweigen von Medienexperten, gefordert, diese Vermögenswerte vollständig in Form von Kapital an die Ukraine zu übertragen, was noch weniger wahrscheinlich ist.

De Wever nannte drei zentrale Herausforderungen für die Einigung über dieses Darlehen.

1. Rechtmäßigkeit

De Wever sagte: „Wenn es wie eine Beschlagnahme aussieht, wie eine Beschlagnahme riecht und wie eine Beschlagnahme klingt, könnte man es vielleicht als eine Art Beschlagnahme be-

zeichnen“, und dass die Frage der Rechtmäßigkeit geklärt werden müsse, „bevor wir damit fortfahren können“.

Er vergleicht die eingefrorenen Vermögenswerte Russlands mit einem Huhn und argumentiert, dass es fraglich sei, ob es legal sei, dieses Huhn zu verspeisen, indem man es zur Absicherung von Krediten nutze, und dass es hierzu keine eindeutigen rechtlichen Garantien gebe. Japan hat sich bisher geweigert, die von ihm gehaltenen eingefrorenen russischen Vermögenswerte zu nutzen, da es davon ausgeht, dass Zentralbankgeld immun ist. „Selbst während des Zweiten Weltkriegs ist dies nicht geschehen.“

Obwohl das Darlehen als europäisches Darlehen konzipiert ist, ist Belgien allein den rechtlichen Konsequenzen ausgesetzt. „Wir werden mit Rechtsstreitigkeiten überschüttet werden. Ich glaube nicht, dass Russland das freundlich aufnehmen wird.“

Belgien – nicht Europa – würde sich einem Schiedsverfahren stellen müssen, da das belgisch-luxemburgische Investitionsabkommen die Verwaltung von Investitionen zwischen Russland und Belgien regelt. Er wies darauf hin, dass Luxemburg bereits einem Schiedsverfahren in Bezug auf das Vermögen des Geschäftsmanns Michail Fridman im Wert von 8 Milliarden Dollar unterliegt, mit einer Forderung von 16 Milliarden Dollar einschließlich Schadensersatz. Er wies darauf hin, dass, wenn Belgien die Verwendung von 140 Milliarden Dollar an russischen Vermögenswerten zulassen würde, ein Schiedsverfahren zu einer Zahlung des doppelten Betrags führen könnte, wenn Schadensersatz zugesprochen würde.

Belgien ist nun das einzige Land, abgesehen möglicherweise von Ungarn, das aus diesem wichtigen Grund eine Einigung in dieser Frage verhindert.

Kommentatoren, die das russische Geld gerne nutzen würden, sind auch zu leichtsinnig in ihrer Risikoeinschätzung. Unter Verweis auf die Aussage eines Journalisten, dass „dieses Geld für Putin bereits abgeschrieben ist“, bemerkte De Wever: „Ich habe diesen Eindruck nicht. Das ist nicht genau das, was wir aus Moskau hören.“

Er befürchtete nicht nur, dass Belgien einer Welle von Rechtsstreitigkeiten ausgesetzt sein würde, sondern auch andere mögliche Gegenmaßnahmen, darunter „Gegenbeschlagnahmungen von in Russland eingefrorenen westlichen Geldern und die Beschlagnahmung von Unternehmen in westlichem Besitz“.

„Eine Rechtsgrundlage ist kein Luxus, sie ist kein Detail.“ Wenn man diesen Rechtsstreit verliert, könnte das sehr kostspielig werden.

2. Haftung

Die zweite Herausforderung, die er skizzierte und die er für wichtiger hielt, war die Rückzahlungsverpflichtung für den Fall, dass Russlands Vermögenswerte aus irgendeinem Grund wieder mobilisiert würden. Er sagte, dass ein Gericht in einem Schiedsverfahren zugunsten Russlands entscheiden könnte oder dass die Sanktionen aufgehoben werden könnten. Unter Verweis auf Trumps 12-Punkte-Friedensplan für die Ukraine behauptete er, dass das Geld möglicherweise an Russland zurückfließen müsse, bevor Russland der Ukraine die vereinbarten Reparationen zahle. Doch „wenn man das Geld an die Ukraine gibt, ist es weg“.

Die Präsidentin der EZB, Christine Lagarde, die an der Ratssitzung und dem anschließenden Abendessen teilnahm, wies darauf hin, dass jede Rückzahlung an Russland daher „garantiert“ werden müsse, insbesondere wenn Umstände eintreten würden, unter denen Russlands Vermögenswerte mobilisiert und sofort zurückgegeben werden müssten.

Angesichts der Beobachtung durch die globalen Märkte würde eine Nichtrückzahlung an Russland das Vertrauen in Euroclear untergraben. „Euroclear hält Reserven in Höhe von Billionen Euro. Wenn das Vertrauen in das Finanzsystem erschüttert wird, hätte dies sehr schwerwiegende Folgen für unser Finanzsystem und sogar für die Eurozone.“

De Wever sagte: „Ich bin nicht in der Lage und schon gar nicht bereit, innerhalb einer Woche 140 Milliarden Dollar aus den reichen und vollen Taschen Belgiens zu zahlen.“

Daher möchte Belgien – verständlicherweise –, dass jeder Mitgliedstaat der Eurozone garantiert, einen Prozentsatz der gegenüber Russland bestehenden Verbindlichkeiten zu übernehmen, damit Belgien nicht für den gesamten Betrag aufkommen muss. Und laut Christine Lagarde müssen diese „Garantien vorhanden sein, sie müssen konkret sein und sie müssen sofort gegeben werden“. Er wies jedoch darauf hin, dass „diese Frage nicht mit überschwänglicher Begeisterung am Verhandlungstisch beantwortet wurde“.

Sarkastisch meinte er, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs sich Sorgen darüber machten, ihren Parlamenten erklären zu müssen, dass sie der Rückzahlung an Russland zugestimmt hätten. Und darin liegt eine weitere grundlegende Herausforderung. Selbst wenn sie es wollten, und ich vermute, dass die meisten es nicht wollen, wären nur wenige Mitgliedstaaten in der Lage, Russland innerhalb kürzester Zeit mehrere zehn Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen. Frankreich, Italien oder Spanien sicherlich nicht, und in Polen würde diese Forderung wahrscheinlich die angeschlagene Regierung von Donald Tusk torpedieren, während die baltischen Staaten ohnehin zu klein sind, um einen großen Beitrag zu leisten.

De Wever fährt fort: „Wenn das Geld nicht von den Mitgliedstaaten kommt, woher soll es dann kommen? Ich habe keine Antwort auf diese Frage. Und ich habe auch keine Antwort auf diese Frage erhalten.“

3. Solidarität

Der letzte Punkt, den De Wever ansprach und der seiner Aussage nach von Lagarde stammte, war, dass man, um das Risiko für die Eurozone zu verringern, und wenn „man möchte, dass die Welt dies als legitimen Vorgang wahrnimmt, gut daran tut, dies nicht alleine zu tun“.

Sechs weitere Länder der Eurozone halten eingefrorene russische Vermögenswerte, haben jedoch nie Transparenz darüber geschaffen, wie viel Geld sie haben und wie viel Zufallsgewinne oder Steuereinnahmen sie aus diesem Geld erzielen. Mit eingefrorenen Vermögenswerten außerhalb Europas in Pfund Sterling, Yen, Schweizer Franken und Dollar macht Belgien möglicherweise weniger als die Hälfte des weltweiten Gesamtvolumens aus. Dennoch ist „Euroclear das einzige Finanzinstitut weltweit, das sich an der Solidarität für die Ukraine beteiligt“.

Er vermittelte nicht den Eindruck, dass irgendein anderes Land bereit wäre, sich dem rechtlichen Risiko und der potenziellen Haftung auszusetzen, die mit der Verwendung von in ihren Hoheitsgebieten eingefrorenen Vermögenswerten zur Unterstützung der Ukraine verbunden sind.

Es ist offensichtlich, dass die Ukraine fast kein Geld mehr hat, und wenn ich Geld sage, meine ich westliches Geld, da sie nicht über ausreichende Ressourcen verfügt, um den Kampf alleine zu führen. Und bis Ende des Jahres muss eine Lösung gefunden werden, wenn die Europäer entschlossen sind, Selenskyj zu helfen, weiterzukämpfen, anstatt um Frieden zu bitten.

Selensky will offensichtlich einen aussichtslosen Krieg führen und benötigt dafür Geld aus Europa. Es ist jedoch noch lange nicht klar, ob Belgien in der Kreditfrage einlenken wird, es sei denn, andere europäische Staaten setzen sich denselben Risiken aus, was derzeit unwahrscheinlich ist.

Abschließend sagte De Wever: „Wenn Sie Lösungen für diese drei Probleme finden, können wir vielleicht weitermachen. Wenn nicht, kann vielleicht eine andere Option auf den Tisch kommen, um die Finanzierung der Ukraine auf den Weg zu bringen.“

Es ist völlig klar, dass es keinen Plan B gibt. Denn der ganze Trick, diesen fragwürdigen Kredit aufzunehmen, der durch immobilisierte russische Vermögenswerte abgesichert ist, diente dazu, zu verhindern, dass die europäischen Staaten aus eigener Tasche zahlen müssen. Bart de Wever hat den europäischen Staats- und Regierungschefs eine kalte Dusche verpasst und ihnen gesagt, sie sollen ihren Worten Taten folgen lassen, und jetzt zanken sich viele und bezeichnen ihn als „bösen Buben“.

So oder so, Russlands eingefrorene Vermögenswerte werden laut De Wever bis zum Ende des Krieges auf die eine oder andere Weise eingefroren bleiben. Trotz der drei Risiken, denen Europa bei der Organisation dieses vorgeschlagenen Kredits an die Ukraine ausgesetzt ist, scheint eines ganz klar zu sein: Es wird Russland ermutigen, weiterzukämpfen.

Während all diese Gespräche geführt wurden, hat *The Economist* gerade einen Artikel veröffentlicht, in dem vorgeschlagen wird, dass Europa tatsächlich 390 Milliarden Dollar zahlen sollte, um der Ukraine zu helfen, den Kampf weitere fünf Jahre fortzusetzen. Angesichts all dieser Umstände macht *The Economist* nicht klar, wie dies finanziert werden soll. Nachdem das Magazin seinen Lesern seit Kriegsbeginn erzählt hat, dass die russische Wirtschaft jeden Moment zusammenbrechen könnte, deutet es nun an, dass dies tatsächlich noch mehrere Jahre dauern könnte und dass Selensky daher noch mehr Geld benötigt. Obwohl nicht einmal 140 Milliarden Dollar gesichert werden konnten, vertritt *The Economist* selbstbewusst die Idee, dass eine erheblich größere Spende aus europäischen Steuergeldern eine einfache Angelegenheit sein sollte. Idiotische Ideen scheinen also nicht nur auf Brüssel beschränkt zu sein.